

Entwurf zum Klimaschutzgesetz

Klimaschutzgesetz bedroht Holzverwendung in Deutschland

Ein vom Bundesumweltministerium geplanter Entwurf zum Klimaschutzgesetz sieht weitreichende Emissionseinsparungen im Sektor Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) vor. Der Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V. (DeSH) warnt vor überzogenen Reduktionszielen für den Sektor und betont die Gefahr für die nachhaltige Holzverwendung in Deutschland.

„Das aktuelle Klimaschutzgesetz ist mit heißer Nadel gestrickt. Es stellt im LULUCF-Bereich Reduktionsziele auf, die die bisherigen Projektionsberichte und die aktuellen Entwicklungen der Ökosysteme, wie die Waldschäden und den notwendigen Waldumbau, vollkommen verkennen“, erklärt Julia Möbus, Geschäftsführerin des DeSH. Geplante Treibhausgaseinsparungen in Höhe von 25 Mio. Tonnen bis 2030 sind nur teilweise durch Maßnahmen wie die Wiedervernässung von Mooren und die Aufforstung von Waldflächen möglich. „Eine derart drastische Erhöhung der Senkenleistung ist nur über großflächige Nutzungsverbote im Wald denkbar. Die bedrohen aber nicht nur den Waldumbau, sondern auch die Holzverwendung, die erheblich zur CO₂-Minderung in den Sektoren Gebäude, Energie und Industrie beiträgt und künftig für den Klimaschutz ausgebaut werden soll“, so Möbus weiter.

Einsparungen von bis zu 55 Millionen Tonnen nötig

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts legte die Bundesregierung den Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Klimaschutzgesetzes vor. Dieser soll morgen im Bundeskabinett verabschiedet werden. Für den Sektor LULUCF wurde die Zielvorgabe definiert, bis zum Jahr 2030 jährlich in Summe 25 Millionen Tonnen mehr Treibhausgase zu mindern. Ausgehend vom letzten Projektionsbericht zur Entwicklung der Treibhausgasemissionen (2019) des Umweltbundesamtes wird damit gerechnet, dass der Sektor im Jahr 2030 keine Senke, sondern eine Quelle mit Emissionen in Höhe von 20 bis 30 Millionen Tonnen pro Jahr ist. Somit müssten bis zum Jahr 2030 insgesamt 45 - 55 Millionen Tonnen Treibhausgase eingespart werden, um die Senkenleistung zu erbringen.

Ziele neu justieren

Ohne die Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Prognosen über die künftigen Entwicklungen von Ökosystemen führen die geplanten Reduktionen zu erheblichen Verwerfungen bei Waldbewirtschaftung und Holzverwendung in Deutschland und bieten Gefahr für Leakage-Effekte.

Der DeSH appelliert dringend die Ziele neu zu justieren: „Die Politik ist gefordert, diese Wechselwirkungen und die besonderen Voraussetzungen natürlicher Ökosysteme zu prüfen, bevor Ziele festgelegt werden. Denn nur mit dem Waldumbau, einer aktiven Bewirtschaftung und Holzverwendung sind die gesamten Klimaschutzpotenziale realisierbar“, betont Möbus abschließend.

Pressekontakt

Deutsche Säge- und Holzindustrie
Julia Möbus
Dorotheenstraße 54
10117 Berlin
Tel.: +49 30 2061 399-00
Fax: +49 30 2061 399-89
E-Mail: presse@saegeindustrie.de
Internet: www.saegeindustrie.de

Über die Deutsche Säge- und Holzindustrie

Der Deutsche Säge- und Holzindustrie – Bundesverband e.V. (DeSH) vertritt die Interessen der deutschen Säge- und Holzindustrie auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Dabei steht der Verband seinen Mitgliedern, darunter mehr als 400 Unternehmen aus ganz Deutschland, in wirtschafts- und branchenpolitischen Angelegenheiten zur Seite und unterstützt die kontinuierliche Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die Verwendung des Rohstoffes Holz. Der Verband tritt in Dialog mit Vertretern aus Medien, Wirtschaft, Politik und Forschung. Bei der Umsetzung ihrer Ziele steht der Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband für eine umweltverträgliche und wertschöpfende Nutzung des Werkstoffs und Bioenergieträgers Holz.